Verbandssatzung

des Zweckverbandes Brandenburgisches Museum für Klein- und Privatbahnen in Gramzow/Uckermark

Präambel

Der Landkreis Uckermark und die Gemeinden Bertikow, Bietikow, Eickstedt, Falkenwalde, Gramzow, Hohengüstow, Lützlów, Meichow, Potzlow, Schmölln, Seehausen, Warnitz und Ziemkendorf sind seit dem 30. Mai 1997 im Rechtsverkehr unter der Bezeichnung Zweckverband "Brandenburgisches Museum für Klein- und Privatbahnen in Gramzow/Uckermark" aufgetreten (ABl./AAnz. vom 29. Mai 1997, S. 430). Aufgrund von Fehlern im Satzungsmindestinhalt ist gemäß der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes für das Land Brandenburg davon auszugehen, dass die Gründung des Zweckverbandes 1997 unwirksam war. Vor diesem Hintergrund haben der Landkreis Uckermark und die Gemeinden Bertikow, Bietikow, Eickstedt, Falkenwalde, Gramzow, Hohengüstow, Lützlów, Meichow, Potzlow, Schmölln, Seehausen, Warnitz und Ziemkendorf bzw. die zwischenzeitlich aufgrund freiwilliger Gebietsänderungsverträge an deren Stelle getretenen Rechtsnachfolger, die Gemeinden Gramzow (einschließlich des Ortsteils Polßen), Oberuckersee (einschließlich des Ortsteils Blankenburg), Randowtal und Uckerfelde, gemäß § 4 Abs. 1, § 7 sowie § 9 Abs. 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 1999 (GVBl. I S. 194) die nachfolgende Verbandssatzung vereinbart:

§ 1

Name, Rechtsstellung, Sitz

- (1) Der Zweckverband führt den Namen „Zweckverband Brandenburgisches Museum für Klein- und Privatbahnen in Gramzow/Uckermark“.
- (2) Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ohne Gebietshoheit.
- (3) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Gramzow/Uckermark.

§ 2

Verbandsmitglieder

- (1) Verbandsmitglieder des Zweckverbandes sind:
 1. der Landkreis Uckermark,
 2. die Gemeinde Gramzow (einschließlich des Ortsteils Polßen) als Rechtsnachfolgerin der Gemeinden Gramzow, Lützlów und Meichow,
 3. die Gemeinde Oberuckersee (einschließlich des Ortsteils Blankenburg) als Rechtsnachfolgerin der Gemeinden Potzlow, Seehausen und Warnitz,
 4. die Gemeinde Randowtal als Rechtsnachfolgerin der Gemeinden Eickstedt, Schmölln und Ziemkendorf,
 5. die Gemeinde Uckerfelde als Rechtsnachfolgerin der Gemeinden Bertikow, Bietikow, Falkenwalde und Hohengüstow.

(2) Die Mitgliedschaft des Landkreises Uckermark endet am 31. Dezember 2003.

(3) Weitere Gemeinden, andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können in den Zweckverband aufgenommen werden, soweit nicht die für sie geltenden besonderen Vorschriften die Beteiligung ausschließen oder beschränken. Ebenso können natürliche und juristische Personen des Privatrechts Mitglieder des Zweckverbandes sein, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgaben dadurch gefördert wird und Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

§ 3

Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

(1) Die Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes sind:

a) **Museum:** Weiterer Aufbau, Unterhaltung und Betreuung des Brandenburgischen Museums für Klein- und Privatbahnen in Gramzow/Uckermark auf dem gesamten Bahnhofsgelände in Gramzow. Weiterer Außenstellen auf den Bahnhöfen der Eisenbahnstrecke Gramzow – Damme – Eickstedt können nach Bedarf und Möglichkeit aufgebaut und betrieben werden. Der Zweckverband ist Eigentümer der von ihm genutzten Flächen.

b) **Museumsbahn:** Aufbau, Unterhaltung und Betreuung einer Museumsbahn auf der Eisenbahnstrecke Gramzow – Damme – Eickstedt. Zur Umsetzung dieser Aufgabe hat der Zweckverband die Gramzower Museums-Bahn, ein Eisenbahnverkehrsunternehmen/Eisenbahninfrastrukturunternehmen gegründet.

Die Gramzower Museums-Bahn kann außerdem Aufgaben, die zur Verwirklichung der satzungsgemäßen Zwecke (§ 3 Abs. 1 Buchstabe a und b) unbedingt und unmittelbar benötigt werden, durchführen. Zu diesem Zweck unterhält der Zweckverband die von ihm genutzten und benötigten Anlagen. Der Zweckverband erwirbt bzw. leiht ggf. auf Dauer Fahrzeuge und andere Zeugen historischer Vergangenheit zum geschichtlichen Thema der Klein- und Privatbahnen jeweils in seiner regionalen Bedeutung bzw. Fahrzeuge/Einrichtungen die zur Umsetzung der Ziele (§ 3 Abs. 1 Buchstabe a und b) benötigt werden.

(2) Der Zweckverband erfüllt die ihm obliegenden musealen und touristisch-kulturellen Aufgaben ohne Gewinnabsicht. Er dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken im Sinne des Steuerrechts. Ein etwa erzielter Überschuss ist zur Erfüllung der Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes einzusetzen.

(3) Der Zweckverband ist selbstlos tätig, es werden keine Mitglieder oder Mitglieder nahestehender Personen durch Ausgaben bedacht, die dem Zweck des Verbandes fremd sind. Des Weiteren werden keine Mittel des Zweckverbandes für Parteiarbeit verwendet.

(4) Die Verbandsmitglieder erhalten keine Überschussanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Zweckverbandes.

(5) Es darf keine Person durch Verwaltungstätigkeit, die den Zwecken des Zweckverbandes fremd ist, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(6) Der Zweckverband kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 4 Verbandsorgane

Die Organe des Zweckverbandes sind:

1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsvorsteher.

§ 5 Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus sechs Vertretern der Verbandsmitglieder. Davon entsenden die Gemeinden Gramzow, Oberuckersee, Randowtal und Uckerfelde jeweils einen und der Landkreis Uckermark zwei Vertreter.

(2) Mit Ausnahme des Landkreises Uckermark, der unabhängig von der Einwohnerzahl fünf Stimmen hat, hat jedes Verbandsmitglied je angefangene 2000 Einwohner eine Stimme. Danach haben die Verbandsmitglieder folgende Stimmenzahl:

1. Landkreis Uckermark	5 Stimmen
2. Gemeinde Gramzow	2 Stimmen
3. Gemeinde Oberuckersee	1 Stimme
4. Gemeinde Randowtal	1 Stimme
5. Gemeinde Uckerfelde	1 Stimme.

Die Stimmenzahl nach Satz 2 ist, soweit Änderungen der Einwohnerzahlen der Verbandsmitglieder dies erforderlich machen, zu Beginn jedes Kalenderjahres durch Änderung der Verbandssatzung anzupassen. Maßgeblich für die nach Satz 3 vorzunehmenden Änderungen ist die amtliche Einwohnerstatistik des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik zum 30. Juni des Vorjahres. Die Stimmen eines Verbandsmitglieds können nur einheitlich abgegeben werden.

(2) Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter zu bestimmen; der Landrat als geborenes Mitglied in der Verbandsversammlung wird in Fällen seiner Verhinderung durch seinen allgemeinen Stellvertreter im Amt vertreten.

(3) Sind mehrere Vertreter und Stellvertreter zu entsenden, so werden diese nach den Vorschriften der Gemeindeordnung und der Landkreisordnung über die Ausschüsse bestellt. Die Vertreter üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt oder bestellt sind, bis zum Amtsantritt der neubestellten Vertreter weiter aus. Die Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung erlischt, wenn die Voraussetzungen der Wahl oder Bestellung des Mitgliedes wegfallen. Eine auch mehrmalige Wiederwahl oder Wiederbestellung ist zulässig.

(4) Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

§ 6

Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung tritt nach Bedarf, mindestens aber zweimal im Jahr zusammen. Sie muss zusammentreten, wenn ein Fünftel der satzungsgemäßen Stimmzahl der Verbandsversammlung dies unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt. Die Verbandsversammlung wird vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zu ihrer ersten Sitzung nach der Bildung des Zweckverbandes wird sie durch den Landrat des Landkreises Uckermark einberufen. Er leitet die Sitzung bis zur Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Ladungsfrist beträgt 2 Wochen. In dringenden Fällen kann die Frist bis auf 3 Tage abgekürzt werden. Auf die Abkürzung ist in der Ladung hinzuweisen unter Angabe von Gründen der Dringlichkeit.

(2) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung der Verbandsversammlung sind 14 volle Tage vor dem Sitzungstag gemäß § 22 Abs. 3 bekannt zu machen.

§ 7

Aufgaben des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

(1) Der Vorsitzende eröffnet und schließt die Sitzung, leitet die Verhandlung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus.

(2) Der Vorsitzende kann ein Mitglied der Verbandsversammlung zur Ordnung rufen, wenn sein Verhalten den ordnungsgemäßen Ablauf der Sitzung stört. Nach dreimaligem Ordnungsruf kann das Mitglied des Raumes verwiesen werden. Näheres ist in der Geschäftsordnung zu regeln.

§ 8

Beschlussfähigkeit, Öffentlichkeitsarbeit

(1) Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Ladung die anwesenden Vertreter mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmzahl der Verbandsversammlung erreichen und keiner eine Verletzung der Vorschriften über die Einberufung rügt.

(2) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnete Interessen einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern.

§ 9

Beschlussfassung, Abstimmung

(1) Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst soweit durch Gesetz oder diese Satzung nichts anderes bestimmt ist. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(2) Es wird offen abgestimmt. Auf Antrag mindestens eines Fünftels der satzungsmäßigen Stimmzahl ist geheim abzustimmen. Auf Antrag eines Verbandsmitgliedes ist namentlich abzustimmen.

(3) Beschlüsse nach § 11 Buchstabe g, h und k bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmzahl der Verbandsversammlung.

(4) Beschlüsse zur Änderung der Verbandsaufgaben bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl der Verbandsversammlung sowie einer einstimmigen Beschlussfassung.

(5) Beschlüsse nach § 11 Buchstabe i erfolgen einstimmig. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Berechnung nicht mit.

§ 10 Beschlussprotokoll

(1) Über jede Sitzung der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie soll spätestens zur nächsten Sitzung vorliegen.

(2) Jedes Verbandsmitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es gestimmt hat. Dies gilt nicht bei geheimer Stimmabgabe. Tonbandaufzeichnungen sind nur zulässig, wenn alle Mitglieder der Verbandsversammlung zustimmen. Sie dürfen nur zur Erleichterung der Niederschrift verwendet werden. Sie sind nach der darauffolgenden Sitzung zu löschen. Die Sätze 4 und 5 gelten nicht für Aufnahmen der Presse.

(3) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung und einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen.

(4) Über Einwendungen gegen die Niederschrift entscheidet die Verbandsversammlung.

§ 11 Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung überwacht ausschließlich die Angelegenheiten:

- a) ausschließlich über die Änderung der Verbandssatzung
- b) Erlass, Änderung und Aufhebung von Satzungen und Verordnungen sowie Preislisten
- c) Einstellung, Eingruppierung und Entlassung der Angestellten und Arbeiter des Zweckverbandes
- d) Geschäftsordnung des Verbandes
- e) Aufnahme neuer Verbandsmitglieder
- f) Austritt von Verbandsmitgliedern
- g) Veräußerung, Belastung und Erwerb von Grundstücken und sonstigen Vermögensteilen, soweit es sich nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt
- h) Auflösung des Verbandes nach § 19 Abs. 2 dieser Satzung
- i) nach den Grundsätzen des § 35 GO: Haushaltssatzung, Nachtragshaushaltssatzung, Aufnahme von Krediten

- j) Festsetzung der Verbandsumlage
- k) Änderungen des Maßstabes, nach dem die Verbandsmitglieder nach § 17 zur Deckung des Finanzbedarfs beizutragen haben
- l) Feststellung des Jahresabschlusses mit Haushaltsrechnung
- m) Entgegennahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Verbandsvorstehers
- n) Berufung des Museumsleiters
- o) Berufung des Museumsverkehrsleiters
- p) Bestellung Betriebsleitung der Museums-Bahn
- r) beratende Gremien zu berufen.

§ 12 Wahlen

- (1) Gewählt wird geheim. Abweichungen können vor der jeweiligen Wahl einstimmig beschlossen werden.
- (2) Gewählt ist die vorgeschlagene Person, für die mehr als die Hälfte der Stimmen der Verbandsmitglieder votiert. Erreicht niemand mehr als die Hälfte der Stimmen der Mitglieder, findet zwischen den Personen mit den beiden höchsten Stimmzahlen eine Stichwahl statt. Gewählt ist, wer in der Stichwahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

§ 13 Wahl, Stellung und Aufgaben des Verbandsvorstehers

- (1) Die Verbandsversammlung wählt einen Verbandsvorsteher sowie einen Stellvertreter jeweils für die Dauer von acht Jahren.
- (2) Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandsatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung vor und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Zweckverbandes. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers.
- (3) Erklärungen, durch die der Zweckverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind von dem Verbandsvorsteher oder von seinem Stellvertreter und dem Vorsitzenden der Verbandsversammlung oder einem von der Verbandsversammlung zu bestimmenden Angestellten oder Mitglied der Verbandsversammlung zu unterzeichnen. Erklärungen, die nicht den gesetzlichen Formvorschriften des GKG entsprechen, binden den Zweckverband nicht.

§ 14 **Ehrenamtliche und hauptamtliche Tätigkeit (neu)**

(1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. Sie haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen und des Verdienstausfalles. Das Nähere regelt die Entschädigungssatzung.

(2) Der Verbandsvorsteher ist ehrenamtlich tätig. Er erhält eine Aufwandsentschädigung. Das Nähere regelt die Entschädigungssatzung.

(3) Der Zweckverband kann zum Betreiben des Museums im Rahmen der Gesetze Arbeiter und Angestellte einstellen.

§ 15 **Leitung des Museums in Gramzow** **Leitung der Museums-Bahn in Gramzow**

(1) Der Leiter des Museums hat die Aufgabe, das Museum gemäß den Richtlinien, die die Verbandsversammlung erlassen hat, zu leiten. Er unterrichtet die Verbandsversammlung über die Tätigkeit des Museums. Er legt den Jahresarbeitsplan und einen Rechenschaftsbericht mindestens einmal jährlich der Verbandsversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vor. Die Mitglieder der Verbandsversammlung können Auskunft über die Arbeit des Museums sowie die Vorlage der Unterlagen verlangen.

(2) Die Sätze 3 bis 5 des Absatzes 1 gelten entsprechend für den Museumsverkehrsleiter.

§ 16 **Wirtschaftsführung**

(1) Auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes finden die Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft entsprechend Anwendung.

(2) Der Zweckverband soll keine eigene Verwaltung vorhalten. Die Aufgaben der Verwaltung einschließlich Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sollen der am Sitz des Zweckverbandes befindlichen Amtsverwaltung Gramzow übertragen werden. Die Kostenerstattung hierfür wird im Haushalt des Verbandes jährlich festgelegt. Die örtliche Rechnungsprüfung wird durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Uckermark durchgeführt.

(3) Das Inventarverzeichnis über das Inventar, Gebäude und Anlagen, die der Zweckverband in Eigentum oder Nutzung hat, ist je nach Bereich vom Museumsleiter und Museumsverkehrsleiter zu führen.

§ 17 **Verbandsumlagen, sonstige Einnahmen**

(1) Der Zweckverband erhebt zur Deckung seines Finanzbedarfs von seinen Mitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen.

(2) Die Höhe der Umlage wird in der Haushaltssatzung für jedes Haushaltsjahr neu festgelegt. Sie wird den Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Bescheid (Umlagebescheid) mitgeteilt.

(3) Der Landkreis Uckermark trägt 50% der Gesamtumlage, höchstens jedoch einen Betrag von 15.338,00 Euro jährlich. Die Gemeinde Gramzow trägt 21,25% der Gesamtumlage, höchstens jedoch einen Betrag von 6.500,00 Euro jährlich. Der verbleibende Teil der Gesamtumlage ist von den übrigen Verbandsmitgliedern entsprechend ihrer Einwohnerzahlen zu tragen. Maßgebliche Einwohnerzahlen sind die vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik veröffentlichten Einwohnerzahlen zum 30. Juni des Vorjahres.

(4) Tritt ein neues Mitglied dem Zweckverband bei, werden mit einem einstimmigen Beschluss der Zweckverbandsversammlung die prozentualen Anteile der Mitgliedsgemeinden im Verhältnis geändert.

(5) Gebühren werden auf der Grundlage einer Gebührensatzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes erhoben; bei privatrechtlicher Ausgestaltung können Entgelte auf der Grundlage von Preislisten erhoben werden.

§ 18 Beitritt und Ausscheiden

(1) Der Beitritt und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern bedürfen eine Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl.

(2) Bei Ausscheiden eines Mitgliedes aus dem Zweckverband fallen seine eingebrachten Werte dem Zweckverband zu. Näheres ist in einer Auseinandersetzungsvereinbarung zu regeln.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 endet die Mitgliedschaft des Landkreises mit Ablauf des 31. Dezember 2003. Der Landkreis verpflichtet sich, für einen Zeitraum von 3 Jahren ab Beendigung der Mitgliedschaft jährlich einen Betrag von 15.338,00 Euro, der jeweils zum 30.06. des Jahres fällig wird, an den Zweckverband zu zahlen. Eine Auseinandersetzungsvereinbarung gemäß § 20 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg ist in diesem Fall nicht notwendig.

§ 19 Auflösung des Zweckverbandes

(1) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes oder bei Änderung seiner Aufgaben werden die Dienstkräfte gemäß § 14 Abs. 3, vorbehaltlich des Abs. 2, von der Gemeinde Gramzow übernommen. Etwaige Versorgungslasten, die sich aus der Absicherung der Dienst- und Versorgungsverhältnisse der Dienstkräfte des Zweckverbandes ergeben, werden nach Maßgabe des Umlageschlüssels auf die Verbandsmitglieder umgelegt.

(2) Bei Auflösung des Zweckverbandes ist unter Einbeziehung des Museumsverbandes des Landes Brandenburg im Zeitraum von einem Jahr, gerechnet ab dem Auflösungsbeschluss der Zweckverbandsversammlung, ein geeigneter Träger als Rechtsnachfolger für die aufgebaute Museumssammlung zu finden.

(3) Wird kein Rechtsnachfolger gefunden, muss der Zweckverband im Rahmen seiner Auflösung eventuelle Gläubiger befriedigen. Die noch vorhandenen Vermögenswerte sind kulturell-gemeinnützigen Zwecken zuzuführen. Die Finanzverwaltung ist vorab um Stellungnahme zu bitten.

§ 20

Anzuwendende Vorschriften

Soweit nicht gesetzliche Bestimmungen oder die Verbandssatzung vorgehen, sind auf den Zweckverband die für die Gemeinden geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 21

Übernahme von Rechten und Pflichten

- (1) Soweit die Mitglieder des Zweckverbandes für Verbindlichkeiten, die im Rahmen des gemeinschaftlichen Auftretens unter der Bezeichnung Zweckverband "Brandenburgisches Museum für Klein- und Privatbahnen in Gramzow/Uckermark" seit dem 30. Mai 1997 begründet worden sind, in Anspruch genommen werden, stellt der Zweckverband die Verbandsmitglieder frei.
- (2) Soweit den Mitgliedern des Zweckverbandes Forderungen, die im Rahmen des gemeinschaftlichen Auftretens unter der Bezeichnung Zweckverband "Brandenburgisches Museum für Klein- und Privatbahnen in Gramzow/Uckermark" seit dem 30. Mai 1997 begründet worden sind, zustehen, gehen diese auf den Zweckverband über.

§ 22

Öffentliche Bekanntmachungen

- (1) Die Verbandssatzung und ihre Änderungen werden im amtlichen Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde bekanntgemacht. Die Verbandsmitglieder weisen in der für die Bekanntmachung ihrer Satzungen vorgesehenen Form auf diese Bekanntmachung hin.
- (2) Satzungen und sonstiges Ortsrecht des Zweckverbandes werden im Amtsblatt für das Amt Gramzow bekannt gemacht.
- (3) Sonstige Bekanntmachungen erfolgen bis zum 31. Dezember 2003 in der „Märkischen Oderzeitung“, Regionalausgaben „Schwedter Stadtanzeiger“ und „Uckermärker“ sowie im „Uckermarkkurier“, Regionalausgaben „Prenzlauer Zeitung“ und „Templiner Zeitung“. Ab dem 1. Januar 2004 erfolgen die sonstigen Bekanntmachungen einheitlich im Amtsblatt für das Amt Gramzow.
- (4) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Verbandsversammlung werden nach Abs. 2 bekannt gemacht.
- (5) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile nach Abs. 2 dadurch ersetzt werden, dass sie im Dienstgebäude des Amtes Gramzow in 17291 Gramzow, Poststraße 25, zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden ausgelegt werden (Ersatzbekanntmachung). Die Dauer der Auslegung beträgt 14 Tage. Die Ersatzbekanntmachung wird vom Vorstandsvorsitzer angeordnet; sie ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in groben Zügen umschrieben wird. Auf die Ersatzbekanntmachung ist unter

Angabe des Ortes und Dauer der Auslegung in der öffentlichen Bekanntmachung nach Abs. 2 hinzuweisen.

§ 23
In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Verbandssatzung mit ihrer Genehmigung im amtlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt des Landes Brandenburg – in Kraft.

Ort, Datum

..... (Unterschriften mit Vor- und Zunamen und Funktionsbezeichnung jeweils 2x)